

Erklärung der City Climate Conference 2009

7 Fakten, 7 Selbstverpflichtungen, 7 Forderungen

Die unterzeichnenden Städte erklären, dass Klimaschutz vor allem eine Sache der Städte ist. Sie verpflichten sich, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Klimawandel zu begrenzen und die daraus resultierenden Folgen zu bewältigen. Sie unterstützen die Selbstverpflichtungen der Städte beim Covenant of Mayors. Sie fordern von den Vertragsstaaten des internationalen Klimarahmenabkommens in Kopenhagen (COP15), von den nationalen Regierungen und internationalen Gremien Regelungen, welche die Erreichung des 2-Grad-Ziels ermöglichen.

7 Fakten über Städte angesichts des Klimawandels

1. Die Städte der Welt sind Hauptakteure und Hauptbetroffene des Klimawandels.

In den Städten fallen 75% der weltweiten Treibhausgasemissionen an. Deswegen spielen sie bei der Erreichung des weltweiten Reduktionsziels von 50% bis 2050 eine Schlüsselrolle.

2. Die Emissionsminderung ist vor allem eine Sache der Städte

Die Pro-Kopf-Emissionen können in Städten besonders niedrig sein. Urbanes Leben mit kürzeren Verkehrswegen, dichterer Bebauung und Synergien bei der Energieversorgung müssen so gestaltet werden, dass die Reduktionsziele erreicht werden.

3. Die Städte der Welt haben unterschiedliche Ausgangsbedingungen.

Deswegen müssen sie einander unterstützen. Der Kampf gegen Armut und für eine CO₂ arme Zukunft gehören zusammen. Städte der Entwicklungsländer müssen durch internationale Regelungen unterstützt werden, ihren Beitrag zum Klimaschutz beizutragen und die Klimafolgen zu bewältigen.

4. Die Städte in den Industrieländern müssen den Treibhausgasausstoß um 80% reduzieren.

In den Städten der Entwicklungsländer wachsen Bevölkerung und Wirtschaft. Daher können sie ihre Treibhausgasemissionen nur längerfristig senken. Deshalb müssen die Städte der Industrieländer ihren Treibhausgasausstoß bis 2050 um mindestens 80% verringern, damit das weltweite Ziel von 50% erreicht wird.

5. Die Städte brauchen nationale und internationale Unterstützung.

Die Städte wollen mit Strom aus erneuerbaren Energien, mit energieeffizienten Motoren und Geräten und durch einen drastisch reduzierten Energieverbrauch den CO₂-Ausstoß begrenzen. Dafür brauchen sie wirksame internationale Abkommen und eine entsprechende nationale Gesetzgebung.

6. Die Städte sind besonders bedroht.

Fast alle Städte liegen an Flüssen, Meeren oder in Talsenken und sind deswegen durch Fluten und steigende Meeresspiegel besonders gefährdet. Hinzu kommt die Bedrohung durch Stürme, Hitzeperioden und Trinkwassermangel. Das Klimafolgenmanagement bedarf internationaler und nationaler Regelungen. Die hohe Bevölkerungsdichte und die Ballung von Infrastruktur und ökonomischer Kraft bedeuten ein besonders hohes Verlustpotential für die Städte.

7. Die Städte brauchen mehr Mitspracherecht.

Trotz ihrer Schlüsselrolle im Klimaschutz sind die Städte der Welt bisher nicht ausreichend in die politischen Entscheidungen einbezogen. Ihre Erfahrung sollte genutzt werden, um wirksame Regelungen zu treffen.

7 Selbstverpflichtungen der Städte

Die unterzeichnenden Städte und Regionen verpflichten sich folgenden Prinzipien:

1. Eine neue Dimension der weltweiten Zusammenarbeit

Die Städte werden aktiv in internationalen Städteverbänden zusammenarbeiten, ihre Städtepartnerschaften zum Wissenstransfer und zur Unterstützung von Städten in Entwicklungsländern nutzen. Sie werden ein Modell für bilaterale oder multilaterale Klimapartnerschaften entwickeln. Sie unterstützen die CO₂ Emissionsreduktionsziele des Klima-Bündnisses, die Initiativen von Energie-Cités, die Erklärung der EUROCITIES zum Klimawandel und den durch die internationale Vereinigung lokaler Umweltinitiativen (ICLEI) initiierten kommunalen Klimaprozess (Local Government Climate Roadmap).

2. Kooperation mit dem Umland

Die Städte werden bei der Nutzung regenerativer Energien und bei Klimaanpassungsmaßnahmen aktiv mit dem Umland zusammenarbeiten.

3. Kommunale Klimaschutzprogramme

Die Städte werden Klimaschutzprogramme, die am 2-Grad-Ziel orientiert sind entwickeln, umsetzen und kontinuierlich auf ihre Effektivität hin kontrollieren.

4. Stadt als Vorbild

Die öffentliche Verwaltung wird bei öffentlicher Beschaffung und bei den eigenen Gebäuden eine Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft und die Bürger der Stadt einnehmen.

5. Politik des Energiesparens

Die Städte werden ihre Politik auf die Förderung von Energiesparmaßnahmen bei privaten Haushalten und Gewerbe, des öffentlichen Nahverkehrs, von innovativen Antriebstechniken und des Rad- und Fußgängerverkehrs ausrichten sowie die Entstehung unnötigen Verkehrs vermeiden.

6. Klimaaktive Stadtplanung

Die Städte werden in der Stadtplanung durch Regeln und Anreize klimawirksame Maßnahmen anregen und umsetzen.

7. Bürgerbeteiligung

Die Städte werden ihre Bürger aktiv an der Planung und Umsetzung der Klimaschutzprogramme beteiligen und sie motivieren, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

7 Forderungen an die Konferenz in Kopenhagen, die nationalen Regierungen und internationalen Institutionen

1. Bindende Einigung auf das 2-Grad-Ziel

Eine Erwärmung von mehr als 2 Grad C° würde zu einer Destabilisierung aller Ökosysteme und der Weltwirtschaft führen. Deshalb müssen die Emissionen so begrenzt werden, dass dieser Wert nicht überschritten wird. In den internationalen Reduktionsvereinbarungen müssen konkrete Zielwerte für Industrie- und Entwicklungsländer festgelegt und für 2050 mindestens 50% des CO₂-Ausstoßes reduziert werden.

2. Gerechte Lösungen, weil nur Gerechtigkeit langfristig wirkt

Zur Erreichung des 2-Grad-Ziels dürfen bis 2050 noch 750 Gigatonnen CO₂ emittiert werden. Es muss ein Verteilungsmechanismus gefunden werden, der sich am Prinzip gleicher Pro-Kopf-Emissionen orientiert. Für diejenigen Länder und Bevölkerungen, die weniger emittieren, muss ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden. Die historischen Emissionen der Industriestaaten sind dabei zu berücksichtigen.

3. Ausbau erneuerbarer Energien

Um im Jahr 2050 etwa 80% der Energie aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen, ist eine gewaltige gemeinsame internationale Anstrengung notwendig. Dies erfordert den Austausch von Technologien, die Finanzierung des Technologietransfers und die Entwicklung regenerativer Infrastrukturen. Dazu gehört der Aufbau interkontinentaler Stromnetze für erneuerbare Energien.

4. Energieeffizienz und Einsparung von Energie

In den Industrieländern muss die hocheffiziente Dämmung von Neubauten sofort und die nachträgliche Dämmung des Gebäudebestands bis spätestens 2025 gesetzlich vorgeschrieben werden. Der Bau von Verkehrsinfrastrukturen sowie die Förderung und Besteuerung von Verkehrsmitteln sollte am CO₂-Ausstoß orientiert sein.

5. Schutz der Urwälder

Die Städte fordern internationale Vereinbarungen zum Schutz der Urwaldflächen in Afrika, Asien und Lateinamerika, welche einen finanziellen Ausgleich für die betroffenen Länder einschließen. Der Handel mit nicht nachhaltig gewonnenem Holz aus diesen Urwäldern muss verboten und das Verbot konsequent kontrolliert werden.

6. Vorsorge gegen Hochwasser und Schutz der Trinkwasserreserven

Wir brauchen internationale Vereinbarungen zur Unterstützung der Städte beim Schutz vor dem Meeresspiegelanstieg. Notwendig ist auch internationale Kooperation beim Schutz von Süßwasservorräten.

7. Angemessene Beteiligung der Städte

Die Städte müssen angemessen an den nationalen und internationalen Entscheidungsprozessen im Klimaschutz beteiligt werden.

